

Geflüchtete kommen auf Arbeitsmarkt an

Die berufliche Integration zeitigt erste Erfolge. In den vergangenen 14 Monaten vermittelt das Jobcenter Coburg Land 32 Menschen eine feste Stelle oder eine qualifizierende Ausbildung.

Von Christoph Scheppe

Coburg – Auch wenn der Anfang gemacht ist: Es braucht noch einen langen Atem und eine Vielzahl von Maßnahmen, um anerkannte Flüchtlinge auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Darauf hat Thomas Friedrich, Geschäftsführer des Jobcenters Coburg Land, am Mittwoch bei der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren im Landratsamt hingewiesen. Gleichwohl sind nach seinen Angaben erste Erfolge zu verzeichnen.

Von den 449 Geflüchteten, die Ende Juli vom Jobcenter des Landkreises Geldleistungen bezogen, seien 266 Männer, Frauen und Ju-

„Wir sind mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden. Das ist eine gute Basis für weitere Vermittlungen.“

Thomas Friedrich, Geschäftsführer Jobcenter Coburg Land

gendliche erwerbsfähig. Davon wiederum hätten sich 55 arbeitslos gemeldet. „Von den verbleibenden 211 haben in den vergangenen 14 Monaten 32 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung aufgenommen“, informierte Friedrich das Gremium. Bei den Erwerbsfähigen stellen aus Syrien Geflüchtete mit 60 Prozent den größten Anteil, ebenfalls 60 Prozent sind männlich, 90 Prozent jünger als 45



Atig Abkari hat es geschafft: Bei Lasco Umformtechnik wird er zum Industriemechaniker ausgebildet. Doch nicht alle Geflüchteten lassen sich so schnell auf dem Arbeitsmarkt integrieren. Foto: Henning Rosenbusch

Jahre. Etwas mehr als die Hälfte besitzt einen Schulabschluss. In neun von zehn Fällen zeige sich aber auch, dass die in den Heimatländern absolvierten Ausbildungen nicht verwert-

bar seien oder Abschlüsse nicht anerkannt würden.

Wegen des „robusten und aufnahmefähigen“ Arbeitsmarkts gebe es dennoch berechtigte Hoffnungen

auf weitere Vermittlungen. Größte Hindernisse seien vor allem Sprach- und Qualifikationsdefizite, die nicht von heute auf morgen abgebaut werden könnten, erläuterte Thomas

Friedrich. Deutsch alleine reiche jedoch nicht aus, denn entscheidend für eine berufliche Integration seien Kenntnisse der entsprechenden Fachausdrücke einer Branche und eines Unternehmens.

Besonders positiv bewertete der Jobcenter-Geschäftsführer die „hohe Motivation“ der Betroffenen, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu finanzieren oder nicht unwesentlich dazu beizutragen. „Die meisten sind noch jung und haben großes Interesse an wenig nachgefragten Berufen“, berichtete er von seinen bisherigen Erfahrungen. Profiteure könnten Handwerksbetriebe wie Bäckereien oder Metzgereien sein, die schon seit einigen Jahren mit dem Mangel an Auszubildenden und Fachkräften kämpfen. Friedrichs Fazit: „Wir sind mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden. Das ist eine gute Basis für weitere Vermittlungen.“

Wie bei der Ausschusssitzung bekannt wurde, sind derzeit 460 Asylbewerber im Landkreis dezentral untergebracht, weitere 75 in der Gemeinschaftsunterkunft in Ebersdorf. Dazu kommen noch 55 unbegleitete Minderjährige. Die aktuelle Entwicklung erlaube es dem Landkreis, die Notunterkunft in Rödentäl zum 31. Januar 2018 zu schließen, sagte Landrat Michael Busch. Der Staat habe fast alle im Zuge des Flüchtlingszustroms anfallenden Kosten übernommen.

Gleichwohl werden dem Landrat zufolge weiterhin Wohnungen gesucht, um „die Integration vernünftig betreiben zu können“. Auch der Landkreis müsse sich in puncto sozialer Wohnungsbau Gedanken machen. „Das Thema wird uns beschäftigen“, sagte er und stieß mit seiner Einschätzung auf die ungeteilte Zustimmung des Gremiums. Allerdings könne das auf Dauer und vor Ort nicht alleinige Aufgabe der Kommunen sein, so der Tenor. Busch: „Hier sind Hilfen und Unterstützungen der großen Politik erforderlich.“

Donnerstag, 5. Oktober

277. Tag des Jahres
Sternzeichen: Waage
Namenstag: Aurea, Franz, Teresa

Nachgeblättert

2016 – Die Staatsanwaltschaft Mainz teilt mit, dass die Ermittlungen gegen ZDF-Moderator Jan Böhmermann wegen dessen „Schmähgedicht“ über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan eingestellt wurden.

2012 – Die EU-Kommission legt die Ergebnisse eines Stresstests bei Atomkraftwerken vor. Danach müssen Europas Kernkraftwerke bei der Sicherheit nachlegen – geschlossen werden müssen sie aber nicht.

2007 – Der Autobauer DaimlerChrysler vollzieht die Trennung von seiner US-Tochter Chrysler nun auch im Namen. In Berlin stimmen die Aktionäre für eine Umbenennung in Daimler AG.

1997 – Die spanische Königstochter Cristina heiratet in Barcelona den baskischen Handballspieler Inaki Urdangarin.

1992 – Ein Frachtflugzeug der israelischen Fluggesellschaft El Al vom Typ Boeing 747 stürzt in einen Wohnblock eines Amsterdamer Vororts. 43 Menschen kommen ums Leben.

1957 – Die Sowjetunion startet „Sputnik I“, den ersten künstlichen Erdsatelliten, und löst in der westlichen Welt den sogenannten Sputnikschock aus.

1947 – In Ost-Berlin beginnt der erste (gesamt-) Deutsche Schriftstellerkongress nach dem Zweiten Weltkrieg.

1929 – Das Deutsche Reich ratifiziert das Washingtoner Abkommen über den Acht-Stunden-Tag.

1209 – Papst Innozenz III. krönt den deutschen König Otto IV. von Braunschweig zum Kaiser.

Zahl des Tages

83

Die deutsche Bevölkerung wächst nach Prognosen des Instituts der deutschen Wirtschaft bis 2035 um eine Million auf mehr als 83 Millionen Menschen. Bis 2023 erwartet das Institut sogar einen Anstieg auf fast 84 Millionen Menschen. Dies sei aber nur ein Zwischenhoch. Mit dem langfristigen Anstieg kehren sich frühere Annahmen des Statistischen Bundesamtes um, teilte das Kölner Institut mit. Der Trend gilt nicht für alle Bundesländer. Während laut IW vor allem Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg zulegen, verlieren ostdeutsche Bundesländer.

Aufgespießt

2001 – *dpa* meldet: Die britische Königin Elizabeth II. erfreut sich in ihrem Badezimmer an einer gelben Gummi-Ente, die dank eines Krönchens sofort als ihr persönliches Eigentum identifiziert werden kann.

Geburtstag



1947 – Rezzo Schlauch (70), deutscher Politiker und Rechtsanwalt (Bündnis 90/Die Grünen)

1949 – Luis Sepúlveda (68), chilenischer Schriftsteller („Wie man das Meer sehen kann“)

1947 – Stefan Persson (70), schwedischer Unternehmer, „Mr. H&M“, Sohn des „Hennes & Mauritz“-Gründers Erling Persson

1892 – Luis Trenker, Südtiroler Schriftsteller, Schauspieler und Filmregisseur (Filme „Der Berg ruft“, „Der verlorene Sohn“, Fernsehreihe „Luis Trenker erzählt“), gest. 1990

Todestag

1947 – Max Planck, deutscher Physiker, Physik-Nobelpreis 1918, Begründer der Quantentheorie, geb. 1858

Pflegestützpunkt ist ein gefragter Ratgeber

Die Einrichtung deckt ein breites Spektrum ab. Sie wird auch im Landkreis immer mehr in Anspruch genommen.

Coburg – Pflege ist ein wichtiges Thema, das Gesellschaft und Sozialsysteme vor große Herausforderungen stellt. Das haben in der Region Kranken- und Pflegekassen, Landkreis und Stadt Coburg schon frühzeitig erkannt und im Jahr 2010 den ersten Pflegestützpunkt Bayerns eröffnet. Die Einrichtung verfolgt das Ziel, Hilfesuchenden Beratung und Unterstützung aus einer Hand zu bieten. Die Inhalte der Gespräche beziehen sich in den meisten Fällen auf Leistungen und Finanzierung im Bereich der häuslichen Pflege und der ambulanten Versorgung. Zudem be-

raten die Mitarbeiter zu den Leistungen der stationären Pflege und informieren bei Fragen beispielsweise zum Pflegegutachten, Absicherung der Pflegepersonen, Vorsorgevollmacht oder Patientenverfügung.

Das Angebot der Einrichtung können alle Bürger – unabhängig von der Kassenzugehörigkeit – kostenfrei in Anspruch nehmen. Strategische Steuerung, Kontrolle und Qualitätssicherung der Arbeit des Pflegestützpunktes sowie dessen Weiterentwicklung obliegt der Lenkungsgruppe. Der gehören jeweils ein Vertreter der Ersatzkassen, der AOK, des Landkreises sowie der Stadt Coburg an.

Die Anlaufstelle werde immer mehr frequentiert, informierten Anja Zietz und der städtische Sozialamtsleiter Peter Schubert am Mittwoch die Mitglieder des Landkreis-Sozialausschusses. Insgesamt sei eine deutliche Erhöhung des Anteils der

Landkreisbevölkerung an allen Beratungen zu konstatieren. Lag im Jahr 2012 der Anteil der Ratsuchenden aus dem Landkreis noch bei 29 Prozent (Stadt: 57 Prozent), waren es im vergangenen Jahr schon 40 Prozent (Stadt: 45). Bei Beratung von Personen, die außerhalb der Region Coburg wohnen, liege der Anteil mit 15

Prozent seit Jahren auf konstantem Niveau.

Im Coburger Bürglaßschlösschen stehen montags bis freitags an den Vormittagen eine Pflegeberaterin der Kassen und eine kommunale Mitarbeiterin für die umfassende Beratung rund um das Thema Pflege zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot

Landkreis fördert ehrenamtliches Engagement

● Das auf drei Jahre befristete Koordinierungszentrum „Bürgerschaftliches Engagement“ soll dem Willen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren zufolge seine Arbeit fortsetzen. Wenn Ende Februar 2018 die Förderung ausläuft, will der Landkreis die Einrichtung als freiwillige Leistung fortführen und die Kosten (12 000 Euro) übernehmen. Eine Entscheidung trifft der Kreistag in der nächsten Sitzung.

● „Bürgerschaftliches Engagement“ habe sich seit der Einführung zu einer Anlaufstelle für ehrenamtlich Aktive in Vereinen, Verbänden und Organisationen entwickelt. Damit sei „offenkundig eine Lücke geschlossen“ worden, sagte Tanja Alt-richter, die für das Koordinierungszentrum zuständig ist. Ihren Angaben zufolge haben bislang 237 Personen und Institutionen von dem Angebot Gebrauch gemacht.

Den Protest nach Berlin tragen

Heute fahren Vertreter des Landkreises Coburg in die Bundeshauptstadt. Die Politiker wollen der Wirtschaftsministerin 13 500 Protest-Flyer gegen Stromtrassen übergeben.

Von Thomas Heuchling

Coburg – Vier Gramm wiegt einer der Protest-Flyer, die Bürger des Landkreises Coburg in den vergangenen Wochen an die Rathäuser und das Landratsamt geschickt haben. Die Absender wollen damit ihre klare Ablehnung gegen jegliche weitere Stromtrasse durch das Coburger Land, die im aktuellen Netzentwicklungsplan vor allem durch die P 44 und P 44 mod möglich sind, zum Ausdruck bringen. Am Mittwoch brachten die vier Gramm leichten Zettel beeindruckende 54 Kilogramm auf die Waage. Nina Kut-

scher, Mitarbeiterin im Büro des Landrats, hat die gelb-roten Zettelchen wahrscheinlich alle in der Hand gehabt. „Aktuell sind 13 500 Protest-Flyer bei uns eingegangen und kommen mit nach Berlin“, sagt Kutscher einen Tag vor der Abfahrt. Sie hatte auch die Idee, die gebündelten Flyer in Netze zu packen, um so ein optisches Statement gegen den Netzausbau zu setzen.

„Um 5 Uhr fahren wir mit einem Bus vom Landratsamt los. Gegen 11 Uhr haben wir den Termin im Wirtschaftsministerium in Berlin mit Brigitte Zypries“, erklärt Dieter Pillmann, Pressesprecher des Landratsamtes, den Ablauf der Aktion. Es sei ziemlich aufwendig gewesen den Termin zu organisieren, so Pillmann. Denn immerhin schlagen zehn erste Bürgermeister, Landrat Michael Busch, Coburgs Zweite Bürgermeisterin Dr. Birgit Weber und weitere Politiker in der Scharnhorststraße 34 bis 37 auf. Vor Ort wird auch CSU-Bundestagsabgeordneter Hans Michelbach die Gruppe unterstützen.



Von Coburg nach Berlin: Landrat Michael Busch, Mitarbeiterin Nina Kutscher und Pressesprecher Dieter Pillmann (von links) haben die Protest-Flyer am Mittwoch bereits für die Übergabe in Netze verpackt. Foto: Thomas Heuchling

„Wir haben einen klaren Auftrag der Bürger. Fast 14 000 Unterschriften sind schon ein Wort“, sagt Busch. Nach der Flyer-Übergabe werde es ein Gespräch mit der Ministerin, Landrat und Coburgs Bürgermeisterin geben. Im Anschluss gebe es einen Austausch mit der Fachabteilung, erklärt Busch. Er wolle mit Zypries vor allem über den fehlenden Nachweis der Notwendigkeit weiterer Trassen sprechen. Es sei sinnvoll mit der Fachabteilung zu reden. Schließlich würden die Mitarbeiter auch nach dem Regierungswechsel in ihrer Position bleiben, so Busch.

Dieter Pillmann kritisiert vor allem, dass das Gespräch mit der Ministerin ohne Medienvertreter stattfindet. Dennoch erhofft sich die Delegation eine große öffentliche Wirkung von der Übergabe. Um zusätzlich für Aufmerksamkeit zu sorgen, sei noch eine weitere Aktion geplant. Hinweise darauf lassen sich im Büro von Pillmann erkennen. Aber verraten will er nichts: „Das wollen wir erst in Berlin zeigen.“